

# Handreichung für die Medien

**Pressekonferenz und Fototermin  
des Saarländischen Flüchtlingsrates e.V.  
Freitag, 30. August, 12 Uhr  
zur neuen Großflächenplakat-Kampagne**



**„'Lasse ma se schaffe'  
Ausbildung statt Abschiebung -  
Saarland kein Abschiebeland“**

Kaiser-Friedrich-Ring 46  
66740 Saarlouis  
Tel.: 06831 - 4877938  
Fax: 06831 - 4877939  
fluechtlingsrat@asyl-saar.de  
www.asyl-saar.de

## **1. Vorbemerkung:**

Die aktuelle Großflächenplakat-Kampagne greift unsere in der Öffentlichkeit viel beachtete Kampagne vom Mai 2017 erneut auf. Das damalige Plakat „Keine Abschiebung. Hier sein - hier bleiben. Saarland kein Abschiebeland“ war in Form- und Farbgebung und durch die Nutzung des Saarland-Logos bewusst angelehnt an die Saarland-Imagekampagne der Landesregierung „Großes entsteht im Kleinen“.

Wie damals geht es in der neuen Kampagne um die Kritik an der saarländischen Abschiebepolitik. Der Saarländische Flüchtlingsrat e.V. ist grundsätzlich gegen Abschiebungen. Für Betroffene sind Abschiebungen unmenschlich und traumatisierend. Abschiebungen reißen Menschen aus ihren Lebenszusammenhängen und zerstören Existenzen. Abschiebungen ignorieren die Gründe und Motive der Menschen zur Flucht, denn niemand flieht freiwillig.

Und so sieht das aktuelle Plakat aus:

<https://tinyurl.com/y3p5myxd>

## **2. Abschiebungen sind keine Lösung:**

Jede Flucht ist ein Verweis auf die krisenhafte Entwicklung der Welt und die Zerstörung von Lebensgrundlagen. Insoweit hat jeder Mensch das Recht, sich der Armut, dem Elend und kriegerischen Verwüstungen zu entziehen. Das Recht auf ein besseres Leben darf kein Privileg sein.

Seit Ende 2015 setzt die staatliche Flüchtlingspolitik vermehrt auf Abwehr und Abschottung sowie auf Begrenzung und Kontrolle der Zuwanderung (Schließung der Balkanroute, EU-Türkei-Deal, Verschärfung der Asylgesetze wie z.B. das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“). Kurz gesagt: Willkommen war gestern. Allerdings löst die Politik der Abschiebungen keine Probleme, sondern schafft neue, indem sie nicht an den Fluchtursachen ansetzt, sondern diejenigen ins Visier nimmt, die aus unhaltbaren Verhältnissen flüchten mussten.

Büro Öffnungszeiten:  
Dienstag: 15 – 17 Uhr  
Donnerstag: 10 –13 Uhr

Vorstand:  
Maria Dussing-Schuberth  
Peter Nobert  
Gertrud Selzer

Bankverbindung:  
Kreissparkasse Saarlouis  
BLZ 59350110  
Kto-Nr. 200630986

Gegen die zunehmende Verhärtung in Sachen Abschiebung plädiert der Saarländische Flüchtlingsrat für einen pragmatischen Umgang und hat dazu vier konkrete Vorschläge entwickelt:

1. Keine Dublin III Abschiebungen mehr.
2. Keine Abschiebungen mehr in Krisenregionen und Diktaturen wie z.B. nach Afghanistan, Iran oder in die Türkei.
3. Großzügigere Gestaltung der bisherigen Bleiberechtsregelungen: Integration vor Abschiebung.
4. Jobs und Ausbildung statt Abschiebungen.

### **3. Recht auf Arbeit:**

Obwohl es in unserer Gesellschaft als selbstverständlich gilt, dass jeder das Recht hat, über seinen Lebensweg selbst zu bestimmen und etwas aus seinem Leben zu machen, gilt das für Millionen Menschen – Deutsche wie Nicht-Deutsche – nur begrenzt: Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse sind Formen sozialer Ausgrenzung. Erwerbsarbeit ist keine freie Wahl, dennoch oder gerade deshalb definieren sich die meisten Menschen hierzulande über die Teilnahme am Arbeitsleben. Arbeit adelt zwar nicht, wird aber jenseits des historisch bedingten Arbeitsfetisch als ein Aspekt der Menschenwürde erlebt und eine gute Berufsausbildung als dafür notwendige Voraussetzung.

Wir verstehen unser aktuelles Plakat als Kontrapunkt zum herrschenden Abschiebediskurs und legen den Fokus bewusst auf den Dreiklang „Ausbildung, Jobs und Bleiberecht“. Es geht um positive Lösungen für diejenigen, die von Abschiebung bedroht sind, statt mit dem Daumen nach unten zu zeigen und „Hau ab“ zu plärren.

Der ironisierende Spruch „Lasse ma se schaffe“ greift ein Versatzstück der Ablehnung und Ausgrenzung gegenüber Flüchtlingen auf. Beispielhaft steht dafür der Vorschlag von Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) im Februar 2018, eine allgemeine Dienstpflicht insbesondere für Flüchtlinge und Migranten einzuführen. Der Spruch greift weiterhin die Alltagshaltung vieler in der Gesellschaft auf, die meinen, Flüchtlinge müssten sich ihren Aufenthalt durch Anpassung, Leistungsbereitschaft und Arbeit quasi erst „verdienen“.

Das Verb „lassen“ bedeutet aber nicht nur „veranlassen“, sondern auch „erlauben“. Davon ausgehend zielt der Spruch „Lasse ma se schaffe“ auf das Recht auf Arbeit und Auskommen für alle Geflüchtete, denn Menschenrechte umfassen mehr als bürgerliche Freiheitsrechte.

Durch die neuen Gesetzesverschärfungen gilt jetzt grundsätzlich ein Arbeitsverbot für alle Flüchtlinge in den ersten neun Monaten des Aufenthalts. Weiterhin gelten seit August 2019 nur noch Geflüchtete aus Syrien und Eritrea als Asylsuchende mit „guter Bleibeperspektive“, wohingegen diejenigen mit „schlechter Bleibeperspektive“ im Saarland auf Dauer von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind. Das gilt für Gesundheit, Bildung, Spracherwerb und Wohnen. Das gilt nicht zuletzt für einen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt. Überall gibt es Einschränkungen, Hindernisse und Verbote.

Der saarländische Flüchtlingsrat begreift Integration als kulturelle, soziale und politische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Und obwohl Integration in aller Munde ist, wird sie vielen Flüchtlingen von der saarländischen Landesregierung ganz bewusst verweigert. Zum Beispiel, indem Geduldete über viele Jahre im Lager Lebach leben müssen oder ihnen die Teilnahme an Integrationskursen verwehrt oder sie mit einem Arbeits- und Ausbildungsverbot belegt werden.

Das Recht auf Arbeit beinhaltet ohne Frage genauso die Kritik an untragbaren Arbeitsverhältnissen im informellen Sektor, wie sie nur allzu oft bei Migranten und Frauen vorkommen. Historisch ist das „Recht auf Arbeit“ eine Errungenschaft der französischen Revolution und fand Eingang in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Allerdings ist das Bewusstsein von den sozialen Menschenrechten bis heute in unserer Gesellschaft eher unterentwickelt.

#### **4. Politikum: Abschiebungen nach Afghanistan:**

Seit Dezember 2016 startet Monat für Monat aus Deutschland ein Abschiebeflug nach Afghanistan. Das Saarland hat sich in den vergangenen Monaten unregelmäßig an diesen Flügen beteiligt. Diese Flüge sind ein Politikum, denn niemand glaubt ernsthaft, dass Afghanistan sicher ist. So braucht es schon eine große Portion politischer Skrupellosigkeit und Ignoranz, um gegen alle Warnungen von Menschenrechtsorganisationen, den beiden großen Kirchen in Deutschland oder dem Repräsentanten des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) nach Afghanistan abzuschicken.

Von der saarländischen Landesregierung erwarten wir, dass sie öffentlich erklärt, dass sie einen Abschiebestopp nach Afghanistan verhängt und dass niemand dorthin abgeschoben wird. Das ist nicht nur politisch geboten, sondern auch juristisch möglich. Ein Abschiebestopp wäre ein positives Zeichen der Entwarnung gegenüber den betroffenen und zutiefst verunsicherten afghanischen Flüchtlingen, aber ebenso eine humanitäre Geste in Richtung Gesellschaft, bei klarer Abgrenzung gegenüber allen politischen Hardlinern, die unter Flüchtlingspolitik vor allem Abschottung und Abschiebungen verstehen.

<https://tinyurl.com/y6hztkd2>

#### **5. Abschließend:**

Die Abschiebemaschinerie läuft: Bundesweit wurden im 1. Halbjahr 11.496 Menschen abgeschoben, aus dem Saarland waren es 114 bei insgesamt 1.311 ausreisepflichtige Personen.

<https://tinyurl.com/y4rd4sev>

Gleichfalls hat der Einsatz körperlicher Gewalt und anderer sogenannter Hilfsmittel bei Abschiebungen zugenommen. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 11. August 2019, dass allein im ersten Halbjahr Polizisten 1289 Mal Fuß- oder Handfesseln, Festhaltegurte oder Klettbinden bei Abschiebungen benutzt hätten.

Die deutsche Abschiebepolitik hat nachweislich tödliche Konsequenzen. Das belegen Meldungen über Suizide und Suizidversuche bei Flüchtlingen im Zusammenhang mit Abschiebungen, die von der antirassistischen Initiative Berlin dokumentiert wurden.

[www.ari-dok.org](http://www.ari-dok.org)

## **Das Hau-ab-Gesetz**

Unter der Vorgabe, dass es bei Abschiebungen ein „Vollzugsdefizit“ geben würde, trat am 21. August das umstrittene „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ in Kraft., das den Druck auf Flüchtlinge erhöhen und mehr Abschiebungen bewirken soll. Mit diesem Gesetz sind zum Beispiel folgende Verschärfungen verbunden:

- Polizisten dürfen bei Abschiebungen ohne richterlichen Beschluss in eine Wohnung eindringen;
- Die Verhängung von Abschiebehaft wird vereinfacht;
- Abschiebehaft kann die nächsten drei Jahre auch in regulären Gefängnissen durchgeführt werden;
- Die Möglichkeit ein Attest für ein Abschiebungsverbot zu bekommen, wird erschwert;
- Einführung der prekären Duldung light;
- Der Ablauf einer Abschiebung wird faktisch zum Dienstgeheimnis.

Das Verhältnis zu Abschiebungen ist in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wie staatlicherseits ausgesprochen ideologisch aufgeladen. Im Januar 2017 erklärte Angela Merkel Abschiebungen zur nationalen Kraftanstrengung. Seitdem heißt die Hauptforderung quer durch alle politischen Lager, mehr und schneller abzuschieben.

Innenminister Klaus Bouillon redet bis heute Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts das Wort und spricht nach mehr als 20 Gesetzesverschärfungen immer noch von „akutem Handlungsbedarf“ (Saarbrücker Zeitung, 8. Februar 2019). Anlässlich der Berichte zu einem Jahr Ankerzentrum im Saarland verstieg er sich sogar zur Behauptung, man müsse mehr abschieben um den Rechtspopulismus zu bekämpfen. Umgekehrt wird allerdings ein Schuh draus: Ankerzentren und die permanente Forderung nach mehr und schnelleren Abschiebungen sind Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten. Wer so wie Klaus Bouillon redet, wird am Ende selbst Teil dieses rechtspopulistischen Diskurses.

Höchste Zeit, sprachlich und materiell abzurüsten und einen Paradigmenwechsel in der saarländischen Flüchtlingspolitik einzuleiten. Wir verstehen unsere Plakat-Kampagne als Impuls in diese Richtung. Denn an der Frage, ob Flüchtlinge in unserer Gesellschaft willkommen sind, wird deutlich, inwieweit sich Politik und Gesellschaft insgesamt an Menschenrechten orientieren. Das Potenzial für eine humane Flüchtlingspolitik ist im Saarland vorhanden. Warum also nicht: Saarland kein Abschiebeland.